

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 985) betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems (Zahl 21 - 694) (Beilage 998).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems, in seiner 21. Sitzung am Mittwoch, dem 21. Juni 2017, beraten.

Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA wurde zum Berichterstatter gewöhlt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Hergovich stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Hergovich gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Senkung der Abgabenquote und Reform des Steuersystems, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Hergovich beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 21. Juni 2017

Der Berichterstatter:  
Mag. Sagartz, BA eh.

Der Obmann:  
Dr. Rezar eh.

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 21. Juni 2017

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,  
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 694, welcher  
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ... betreffend Anpassungen des Steuersystems**

Die Steuersysteme in Europa sind von einer immer krasserem Schieflage geprägt: Multinationale Konzerne mit Milliarden-Umsätzen zahlen in oft deutlich weniger Steuern als ihre Angestellten oder heimische KMUs. Während der arbeitenden Bevölkerung die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden, nutzen Konzerne alle zur Verfügung stehenden Spielräume, um Gewinne zu verschleiern und die Steuerlast zu minimieren. In der EU entsteht dadurch ein jährlicher Schaden von hunderten Milliarden Euro.

Klein- und Mittelbetriebe prägen Österreichs Unternehmerlandschaft. Sie sind das Rückgrat der heimischen Wirtschaft und gutlaufender Jobmotor. Kleine und mittlere Unternehmen stehen oft im Wettbewerb mit diesen Konzernen. Während KMUs ihre Gewinne dort versteuern, wo sie erwirtschaftet werden, verschaffen sich Konzerne durch Steuerdumping einen enormen Wettbewerbsvorteil.

Derzeit lasten alle Lohnnebenkosten auf dem Faktor Arbeit. Das benachteiligt vor allem personalintensive Betriebe - und schafft den Anreiz zur Automatisierung, um Mitarbeiter und Sozialabgaben zu sparen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die Steuerpolitik künftig nach folgenden Zielsetzungen ausrichten

- faire Verteilung der gesamten Steuerlast, ohne diese insgesamt zu erhöhen
- Stärkung der Kaufkraft und Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Senkung der Lohnnebenkosten zur Entlastung des Faktors Arbeit
- Abschaffung der kalten Progression
  
- EU-Konzernbesteuerung zur Verhinderung von Steuerflucht
- Meldepflicht für Firmenbeteiligungen außerhalb der EU
- Werbeabgabe für Internetkonzerne und Erfassung tauschähnlicher Umsätze sowie Strafsteuer auf in Österreich erwirtschaftete, ins Ausland verschobene Gewinne
- verpflichtende Meldung von Kapitalflüssen in und aus Steueroasen sowie
- mehr Druck auf Steueroasen zum Abschluss von Steuerabkommen
- mehr Personal für Großbetriebsprüfungen durch das BMF